

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
13 / 2006

Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Toleranz?

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005
- MUSICA PRO PACE 2005
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Dr. des. Daniela De Ridder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redakt. Mitarbeit: Andrea Dittert, Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Silke Voss

Einband: Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter

Verwendung der »Komposition Nr. 118« von Friedrich Vordemberge-Gildewart

(Osnabrück 1899 – 1962 Ulm) aus dem Jahr 1940. Mit freundlicher Genehmigung:

© Kunsthaus Lempertz, Köln

Mit Dank für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche an:

– die Oldenburgische Landesbank AG

– die RWE Westfalen-Weser-Ems AG

– den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766

ofg@uni-osnabrueck.de – www.friedensgespraeche.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2006

© 2006 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 10: 3-89971-337-0

ISBN 13: 978-3-89971-337-4

ISSN: 0948-194-X

[nur Buchhandelsausgabe]

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial: <i>Toleranz – ein Ideal verblasst</i>	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005

<i>Europa quo vadis? – Regierbarkeit, Demokratie und Friedensfähigkeit der EU</i> Mit Gesine Schwan und Volker Rittberger	19
<i>Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Duldsamkeit?</i> Mit Manfred Lahnstein und Ernst G. Mahrenholz	41
<i>Gesundheit: Ware oder öffentliches Gut?</i> Mit Ellis Huber und Karl Lauterbach.	61
<i>Wie gehen wir mit dem Fundamentalismus um?</i> Mit Karl Kardinal Lehmann und Nadeem Elyas.	81
Mart Laar, Tallinn <i>Europa sieht Deutschland: Die baltische Perspektive</i>	109
<i>Positionsbestimmung für die deutsche Außenpolitik – Schritte zu einer neuen Weltfriedensordnung</i> Mit Wolfgang Schäuble, Claudia Roth, Klaus-Peter Siegloch	125

II. GMUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2005

Stefan Hanheide, Osnabrück » <i>Erinnerung an 1945</i> « – Olivier Messiaen: » <i>Et expecto resurrectionem mortuorum</i> « und Johannes Brahms: » <i>Ein deutsches Requiem</i> «.	149
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Jochen Oltmer, Osnabrück
*Aktive Intoleranz und beschränkte Duldung:
Osteuropäische Juden in der Weimarer Republik* 159

Reinhold Mokrosch, Osnabrück
Djihad – Religion und Gewalt 173

Klaus von Beyme, Heidelberg
Kulturelle Vielfalt und demokratische Konfliktbewältigung 183

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 207
Abbildungsnachweis 213

Vorwort der Herausgeber

Im Sommer des Jahres 2006 ist es erneut der Nahost-Konflikt, der mit Bildern des Schreckens und des Flüchtlingsleids, mit Bildern von zivilen menschlichen Opfern der Bomben- und Raketenangriffe und der Zerstörung eben noch befriedeter Städte und Dörfer die Aufmerksamkeit der Welt einfordert. Erneut haben im Libanon und in Israel die Akteure in einer anscheinend politisch unauflösbaren Konfrontation ihren militärischen Machtmitteln den Vorzug gegeben vor einem Interessenausgleich, der auf dem Verhandlungsweg zu suchen wäre.

Aus europäischer Sicht scheint es beiden Seiten – vor unterschiedlichen Erfahrungshintergründen – am Vermögen zu fehlen, ihr Gegenüber überhaupt als verhandlungsbereiten und -würdigen Partner anzuerkennen. Man hat, wie zu hören ist, zu viele schlechte Erfahrungen miteinander gemacht, um sich noch vertrauen zu können. Zu viel Energie wurde – wie an demonstrativen Bekundungen aus der Bevölkerung auf beiden Seiten zu sehen ist – dafür aufgewandt, vor allem den Gegensatz zur anderen Seite zu begründen und dem eigenen Volk das Selbstbewusstsein der Gegnerschaft zur sicheren Gewissheit, ja zur Gewohnheit zu machen.

Die Osnabrücker Friedensgespräche haben im Jahr 1986 mit dem Versuch begonnen, solche durch Vorurteile, Erfahrungen, Unwissenheit und Verständigungsverweigerung erzeugten und aufrechterhaltenen Klüfte zu überbrücken. Seinerzeit als Antwort auf die Manifestationen einer bundes- und europaweiten Friedensbewegung gegründet, haben die Friedensgespräche sich seither bemüht, viele dieser gewaltträchtigen Konfliktfragen für ihr Publikum transparent zu machen, indem sie sich der Untersuchung von Argumentationen und Begründungen, von Ideologien und Politiken widmeten, anstatt Angstmache und Beschwörungen zu verbreiten.

Eigene vernunftgegründete Urteile möglich zu machen, um zu Friedensfähigkeit und Frieden zu gelangen, anstatt eingefahrene Sichtweisen weiterzureichen, wurde zum Ziel der von Stadt und Universität getragenen Veranstaltungsreihe, die nun seit mehr als zwanzig Jahren besteht.

Die Sinnhaftigkeit, die Reihe gemeinsam weiterzuführen, ist bei den institutionellen Trägern, bei den persönlich Engagierten im programmver-

antwortlichen Wissenschaftlichen Rat der Friedensgespräche und, wie wir glauben, auch im Publikum unumstritten.

Die Friedensgespräche des Jahres 2005, die die vorliegende Ausgabe unseres Jahrbuches dokumentiert, sind hier zusammengefasst unter dem Thema der *Toleranz*: Sie gilt es zu stärken gegenüber Minderheiten in der eigenen Gesellschaft, aber auch gegenüber neuen Herausforderungen, die die globalisierte Welt mit ihrer zunehmenden Zahl von Begegnungen und Austauschbeziehungen mit sich bringt. Dass hierbei auch von Grenzen die Rede sein wird, versteht sich von selbst angesichts realer Konfrontationen, die ernst genommen werden müssen, damit sie als Konfliktursachen bearbeitet werden können. »Wohin geht Europa?« fragte eines der sechs Friedensgespräche des letzten Jahres. Viele fragen dies, die der Gedanke und die Realität der gemeinsamen politischen Existenz in einer zuvor exklusiven Runde europäischer Staaten irritieren und schrecken, und die auch materielle Nachteile befürchten. Der Wunsch scheint gewachsen, plausible *Grenzen* der Toleranz zu definieren, deren Beachtung Sicherheit verspricht. Dies ist das Bedürfnis vor allem derer, die nicht selbst marginalisiert und ausgegrenzt werden möchten.

Die Gesundheitspolitik ist mit ihren alarmierenden Rufen nach Reform so ein Feld, in dem die Aussicht auf Einbußen an Schutz und Nachteile bei Kosten und Leistungen des Systems fast die Oberhand gewonnen haben. In kaum einem anderen innenpolitischen Handlungsfeld wird heute so viel Vertrauen verspielt.

Die Religionsfreiheit ist bei uns seit dem Westfälischen Frieden wichtiges Kennzeichen der Freiheit der Person. Das Grundgesetz bestätigt diese Freiheit und verbietet es, dass jemandem aufgrund seines Glaubensbekenntnisses Nachteile entstehen. Dennoch ist auch hier Misstrauen gegenüber denen eingezogen, die mit Gesetzesbrechern und Gewalttätern das religiöse Bekenntnis teilen. Hier gibt es Klärungsbedarf auf beiden Seiten. Es geht um Forderungen nach Loyalitätsbeweisen von Einwanderern gegenüber den Gesellschaften, die ihrerseits Schwierigkeiten haben, ihre Integrationsbereitschaft glaubhaft zu machen und praktisch umzusetzen.

Solche Verstrickungen werden allerdings fast zwangsläufig auch in außenpolitische Diskussionen eingetragen. Die Frage, welche Positionen eine zeitgerechte, auf alle Kontinente schauende deutsche Außenpolitik einzunehmen hätte, findet dementsprechend durchaus unterschiedliche Antworten. Unumstritten ist aber die Erkenntnis, dass nur eine gemeinsame europäische Außenpolitik Gestaltungsmöglichkeiten für eine friedlichere Zukunft bieten kann.

Hans-Jürgen Fip
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Claus Rollinger
Präsident der Universität